

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassent: Dresden 1800
Circulafte Riesa Nr. 52.

Nr. 130.

Dienstag, 8. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebelages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermehrter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezüge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Titzsch, Riesa.

Reisen europäischer Minister.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

an. In Paris hat am Sonnabend eine kurze Unterredung zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister stattgefunden, über die Einzelheiten in der Presse nicht bekannt wurden, obgleich die Zusammenkunft in der politischen Welt großes Interesse fand. Chamberlain ist kurz darauf nach Genf weiter gefahren, um mit den englischen Vertretern der Tagung des Völkerbundes, die am Montag begonnen hat, und den Delegierten, die zur Einweihungsfeier des neuen Gebäudes des Internationalen Arbeitsamtes entandt waren, Rücksprache zu nehmen. Insbesondere wird er sich über die Haltung des brasilianischen und spanischen Völkerbundesdelegierten in der Ratssfrage informieren lassen. Die Meldung von einem Austritt Brasiliens von seinen Ratssansprüchen war, wie sich unmittelbar nach dem Bekanntwerden herausstellte, um mindestens verfrüht. Bisher ist demnach der Optimismus deutscher und auch französischer und englischer Kreise nicht berechtigt, daß die Schwierigkeiten des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bis zum Herbst vollkommen beseitigt sind. Die bevorstehende Konferenz Chamberlains und Briands in Genf soll unzweifelhaft dazu ausgenutzt werden, die Vertreter Brasiliens und Spaniens dazu zu bestimmen, schon jetzt offen ihre Ansprüche auf ständige Ratsitze fallen zu lassen, damit die Unsicherheit beseitigt wird und der Rat im Herbst nicht vor die Notwendigkeit gestellt wird, über alle juristischen und politischen Schwierigkeiten hinweg den Eintritt Deutschlands zu erzwängen.

Ueber das gemeinsame Vorgehen ist man sich scheinbar noch nicht im Klaren. In deutschen diplomatischen Kreisen, die ständig über die Genfer Vorkänge auf dem Laufenden erhalten werden, verlautet, daß Frankreich auf der gegenwärtigen 40. Tagung des Völkerbundes noch einmal den Versuch machen will, die Schaffung neuer ständiger Ratsitze in die Debatte zu werfen. Die englischen Vertreter haben sich bisher zu dieser Auffassung nicht bekennen lassen, sondern vielmehr darauf bestanden, daß die Lösung in dem Kompromißvorschlag der Schaffung einer zweiten Kategorie nichtständiger Ratsitze zu erlösen sei. In politischen Kreisen wird sehr bedauert, daß bei dieser wichtigen Aussprache der Außenminister Englands und Frankreichs nicht auch der deutsche Außenminister zugegen sein wird, um dem Gespräch diejenige Richtung zu geben, die notwendig ist, um die Völkerbundkrise im Herbst vor einer schweren Enttäuschung zu bewahren, falls Deutschland gezwungen ist zu erklären, daß es nicht in den Völkerbund eintreten kann, weil die Voraussetzungen von Seiten des Völkerbundes nicht erfüllt worden sind. Allerdings ist ein deutscher Minister gegenwärtig ebenfalls in Genf, um an den Feierlichkeiten des Internationalen Arbeitsamtes teilzunehmen, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Es wird ohne weiteres erwartet, daß der Minister Gelegenheit haben wird, mit Briand und Chamberlain zu konferieren, und daß bei dieser Gelegenheit nicht nur über die Fragen des Arbeitsamtes gesprochen wird, sondern daß man auch die Ratssfrage hierbei streifen wird, und daß Dr. Brauns eventuell seiner Regierung bei seiner Rückkehr wichtige Informationen zu übermitteln haben wird.

Bu den Verhandlungen des Völkerbundes über die Vorbereitungen der Wirtschaftskonferenz wird auch der frühere französische Minister Loucheur erwartet. Leider werden auch hier ohne Deutschland Fragen wichtigster Art behandelt werden, ein Zeichen mehr für die Notwendigkeit der deutschen Mitarbeit innerhalb der Völkerbundsorganisation.

In der nächsten Zeit wird Mussolini in Rom einen seltenen Gast empfangen. Der russische Außenminister Litwinski hat sich inoffiziell angelegt und wird diese Erholungsreise nach dem Süden neben der Festigung seiner Gesundheit dazu benutzen, die in letzter Zeit zart gewordenen Fäden zwischen Moskau und Rom fester zu knüpfen. Die Beziehungen Russlands laufen auf die Bildung eines Gegenbundes zum Völkerbunde hinaus, die sich mit der Absicht Italiens auf Zusammenfassung der östlichen Staaten fast vollkommen decken. In der diplomatischen Welt beweist man nicht, daß die Öffentlichkeit bald durch den Abschluß eines russisch-italienischen Garantievertrages überrascht werden wird, der inhaltlich wahrscheinlich mit dem deutsch-russischen Vertrage sehr viel Ähnlichkeit haben wird. Auch hier bezieht sich Russland, mit den politischen Zielen wirtschaftliche Vorteile zu verbinden.

Die Ergebnisse der Buchprüfungen.

Berlin. (Funkdruck.) Dem Reichstage liegt eine Übersicht über das Ergebnis der im Jahre 1925 vorgenommenen Buchprüfungen vor. Danach wurden 79 732 Fälle untersucht. An Einkommen- und Körperschaftsteuer wurden rund 2,6 Millionen Mark mehr festgesetzt, an Geldstrafen wurden 2,6 Millionen Mark verhängt. An Umsatzsteuer wurden rund 30 Millionen Mark Mehrerheben festgesetzt und 4,6 Millionen Mark Geldstrafen verhängt. Bei der Vermögensteuer wurden 11,6 Millionen Mark mehr festgesetzt und 250 000 Mark Geldstrafen verhängt. An sonstigen Reichsteuern wurden 6,5 Millionen Mark mehr festgesetzt und 65 000 Mark Geldstrafen verhängt. Insgesamt wurden 93 Millionen Mark Mehrerheben festgesetzt und 7,5 Millionen Mark Geldstrafen verhängt. Die meisten Mehrerheben brachte das Landesfinanzamt Berlin, nämlich 24 Millionen Mark.

Hindenburg gegen den Volksentscheid.

Ein Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und Staatsminister v. Loebell.

Berlin. In einer gestern herausgegebenen Sondernummer der politischen Wochenzeitschrift „Der Deutsche“ erschien ein Artikel vom Staatsminister a. D. von Loebell, der sich gegen einen Angriff des „Vorwärts“ wendet. Im Rahmen dieses Artikels veröffentlicht von Loebell einen Brief des Reichspräsidenten, über dessen Abdruck er, wie er sagt, verfügen kann. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Der Reichspräsident. Berlin, den 22. Mai 1926.

Sehr geehrte Excellenz!
Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ihrer Anregung zu dem Volksbegehren auf Entziehung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlich sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reichs ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. Auch von einem Erlaß an die Reichsregierung möchte ich absehen.

Die Reichsregierung hat bereits in ihrer Kundgebung vom 24. April d. J. vor dem deutschen Volke klar und deutlich erklärt, daß die einschlägigste Entziehung den Grundbesitz, die in einem Reichsstaate die Grundlage für jeden Geleghungsakt zu bilden haben, widerspricht.

Sie hat von diesem Standpunkte des Rechts sowohl in der erwähnten amtlichen Kundgebung, als auch durch den Reichspräsidenten des Innern in der Reichstagsagung vom 2. April d. J. ausgesprochen, daß sie das Volksbegehren auf einschlägigste Entziehung der Fürstenvermögen auf das Entscheidende ablehne.

Die unter dem Reichsanwalt Dr. Marx am 17. Mai 1926 neugebildete Reichsregierung hat sich in ihrer Erklärung vom 19. Mai diesen Standpunkt ausdrücklich zu eigen gemacht. Ich kann daher annehmen, daß die Regierung, ohne daß es eines besonderen Schrittes meinerseits bedarf, Ihre Auffassung über die rechtliche Tragweite und Gefahr des Volksbegehrens teilt. Was die von ihnen berührten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorseht, meine Entscheidung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volksentscheides und das sich hierauf gründende Ausführungsgesetz vorliegt und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt.

Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerte Befürchtung in vollem Umfang teile und die gleichen Bedenken wie Sie schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an auch der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Ämter von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, die

les Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgelühl und als großen Unfortschritt empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich will mich aber bemühen, den Entziehungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkte einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefühl des Rechtsstaates, dessen tiefes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem rechtlich anerkannten Eigentum ist. Er verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts.

Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat ruht, besetzt und ein Boden eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit einer vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleitetes Eigentum zu enteignen oder zu verneinen.

Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Ausreizung der Ängste der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solcher Volksabstimmung auf dem Wege der Entziehung weiterer zu gehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu enteignen. Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Lage, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und idealen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatlichen Grundlagen bedroht und in einem Zeitpunkt wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schmälert.

Ich bin überzeugt, daß trotz der harten, vielfach wenig schönen Realitäten für das Volksbegehren das ruhige Urteil und der gesunde Sinn unseres Volkes diese moralische und rechtliche Seite der Frage nicht verkennen und die unabsehbare Gefahr, die allen Schichten des Volkes hier droht, nicht übersehen wird.

Hindenburg billigt die Veröffentlichung seines Briefes.

Berlin. (Funkdruck.) In der Angelegenheit des Reichspräsidentenbriefes erklärt die B. Z. aus dem Munde des Reichspräsidenten, daß dem Reichspräsidenten, der gestern abend von Schwarzheide zurückgekehrt ist, heute früh Vortrag gehalten wurde. Der Präsident erklärte, daß er sich selbstverständlich zu seinem Bericht hände und auch dessen Veröffentlichung durch Herrn von Loebell nicht zu beanstanden hätte.

Reichsbankpräsident Schacht über die Gründe der Diskontherabsetzung.

Berlin. In der gestrigen Zentralbankkonferenz der Reichsbank verglich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht zur Begründung der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6%, Prozent und des Lombardzinsfußes von 8 auf 7%, Prozent die Lage der Reichsbank von Ende März, dem Zeitpunkt der letzten Diskontherabsetzung, mit derjenigen von Ende Mai. Er stellte dabei fest, daß sich die Finanzprognose der Reichsbank in der Zwischenzeit nicht unwesentlich vermindert habe. Die Verkäufe der Bank an Wechsel, Schecks und Lombardforderungen betrugen Ende März einschließlich der revidierten Summen 1 707 Millionen, Ende Mai 1 389 Millionen, also 318 Millionen weniger. Diese Senkung entfällt ganz überwiegend auf die Inlandskredittgewährung der Bank. Die Umsätze für Tagesgeld und Monatsgeld, für Privatdiskontkonten und bankierte Warenwechsel seien gleichfalls zurückgegangen. Wenn auch die Momente, die zur Flüssigkeit des offenen Geldmarktes beitragen, zum Teil vorübergehender Natur seien, so könne sich doch die Reichsbank der Neubildung am freien Markt nicht entziehen, und müsse überdies münchlich, der Wirtschaft alle Vorteile einer Ermäßigung ihrer Diskontsätze zukommen zu lassen; allerdings lasse die labile Geldmarkt- und Wirtschaftslage ein vorläufiges Vorgehen angezeigter erscheinen. Man gebe deshalb nur um 1/2 Prozent herunter und mache eine weitere Ermäßigung von der Entwicklung der nächsten Wochen abhängig.

Der deutsche Flottenbesuch in Spanien.

Berlin. Der Chef des deutschen Flottenverbandes, der im Verlaufe einer längeren Übungsreise verschiedene Häfen an der spanischen Ostküste anlieh, stattete aus diesem Anlaß in Begleitung einiger höherer Offiziere seines Stabes auf Einladung des Königs von Spanien in Madrid einen Besuch ab. Nach Rückkehr des Flottenchefs richtete der König von Spanien folgendes Telegramm an den Chef der deutschen Flotte: „Ich grüße die Besatzungen herzlich wegen ihrer glänzenden Erscheinungen und ihrer Korrektheit in den verschiedenen Häfen, die sie besucht haben. Ich sende Ihnen die besten Wünsche für die Wohlfahrt Deutschlands und seiner Flotte.“

Der deutsche Flottenchef antwortete: „Ew. Majestät untertänigsten Dank für die gütigen Worte der Würdigung und für die huldvollen Wünsche für Deutschland und seine Flotte. Die Besatzungen der mir unterstellten Schiffe empfinden sie mit mir als hohe Ehrung und besondere Auszeichnung und bitten, für Ew. Majestät und der edlen spanischen Nation Zukunft ihre besten Wünsche zu flößen legen zu dürfen. Kommen, Chef der deutschen Flotte.“

Flaggenfrage und Fürstenentwädigung vor dem Kabinett.

Berlin. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Flaggenfrage und mit dem Gesetzentwurf über die Fürstenentwädigung.

Zur Frage der Einheitsflagge beschloß das Kabinett, die in Betracht kommenden Vorschläge dem Ausschuss zu überweisen, vor dessen Forum die Frage zunächst behandelt werden soll. Wie das Berliner Tageblatt berichtet, herrschte im Kabinett die Auffassung, daß vor dem Volksentscheid eine praktische Aufwerfung der Flaggenfrage nicht mehr in Frage komme.

In der Frage der Fürstenentwädigung soll zunächst mit den Parteiführern der Regierungskoalition und im Anschluß daran mit den Führern der anderen Fraktionen verhandelt werden. Es werde sich dann ergeben, ob Aussicht bestehe, dem Entwurf der Regierung die notwendige Mehrheit zu sichern.

Die Durchführung der Flaggenverordnung.

Wie mehrere Blätter wissen wollen, soll das Auswärtige Amt an die Auslandsmissionen, die demnächst von deutschen Kriegsschiffen besucht werden, den Erlaß über die Beflagung herausgegeben haben mit der Verfügung, daß bereits bei diesen Besuchen neben der Schwarz-Rot-Goldenen Flagge die Handelsflagge gehißt werden soll.

Ratifizierung des Moskauer Vertrages.

Konstantinopel. (Funkdruck.) Der Moskauer Vertrag ist von der Nationalversammlung ratifiziert worden.

Nutritritt Tirards.

Paris. (Funkdruck.) Der Petit Parisien bestätigt die vor einiger Zeit von der Ex-nouvele verbreitete Nachricht, daß der französische Delegierte in der Rheinlandkommission Tirard am nächsten wird.